

gaben, die wir zu beachten haben. Das wird alles abgewogen. Sie sagen immer etwas schnell, man sollte das sofort und am besten morgen machen. Auf diese Weise geht es eben nicht. So funktioniert unser Rechtsstaat nicht, Herr Sagel. Wir werden uns in der Politik auf die neue Situation einstellen. Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Ende noch einmal sagen, dass wir auf einem guten Weg sind, eine unglaubliche Wende, die weltweit ihresgleichen sucht, in Deutschland gemeinsam hinzubekommen. Das wird nur möglich sein, wenn Wissenschaft, Forschung, Technik, Unternehmen und auch Politik gemeinsam Entwürfe und Konzepte entwickeln. Deshalb bitte ich Sie noch einmal: Stimmen sie dem Antrag von SPD und Grünen zu. Das wird dann auch in Berlin seine Wirkung haben. Alles andere würde uns eher schwächen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir nicht vor, sodass ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 3 schließe.

Wir kommen direkt zu den Abstimmungen. Wir haben insgesamt drei Abstimmungen durchzuführen. Erstens stimmen wir ab über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/2215**. Die antragsstellende Fraktion hat um direkte Abstimmung gebeten. Die führen wir jetzt auch durch. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. – Möchte sich jemand enthalten? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2204**. Auch in diesem Fall hat die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt. Damit kommen wir auch hier direkt zur Abstimmung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Linken. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur dritten Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Antrages Drucksache 15/2214** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss**

für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben wir so überwiesen und sind am Ende des Tagesordnungspunkts 3.

Ich rufe auf:

4 Wer geht hin, wer nicht? Gründe der Nicht-Inanspruchnahme von Kitas müssen analysiert werden!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1692

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Welche Ziele wir uns mit dem Ausbau der Kitas gesetzt haben, ist hier im Parlament, im Plenum schon oft genug vorgetragen worden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Tenhumberg, einen kleinen Moment, bitte. Viele Kolleginnen und Kollegen verlassen gerade den Plenarsaal. Das ist in Ordnung. Wenn es etwas leiser ginge, wäre das noch sehr viel schöner.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Auch ist des Öfteren erwähnt worden, welche großen Startchancen wir den Kleinsten in unserer Gesellschaft durch eine qualitativ hochwertige Betreuung geben können.

Der Besuch einer Kindertageseinrichtung wirkt sich positiv auf die Bildungschancen der kleinen Kinder aus. Dies ist völlig unstrittig. Ich denke, wir sind uns in der Zielsetzung auch über die Fraktionsgrenzen hinweg einig. Dabei verweise ich insbesondere auf den Bericht der Enquetekommission „Chancen für Kinder“. Mit diesem Antrag mahnen wir als CDU nun an, eine intensive Ursachenforschung zu betreiben.

Die Landesregierung muss sich die Frage stellen, warum Eltern das wohlmeinende und teilweise auch sehr gut durchdachte Angebot der Kitas nicht stärker nachfragen. Warum ist die Akzeptanz für frühkindliche Bildung bei den Eltern immer noch geringer, als sie sein sollte und sein könnte?

Im EK-Bericht heißt es dazu, dass beim jüngsten Jahrgang die geringste Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung zu verzeichnen ist. Und die amtliche Kinder- und Jugendstatistik sagt dazu aus, dass im ersten Jahr, also bei den Dreijährigen, 30 %

der Plätze nicht in Anspruch genommen werden. Weiter heißt es im Enquete-Kommissionsbericht:

„Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und des Bildungsauftrages ist die Frage zu stellen, welche Kinder aus welchen Familien und aus welchen Gründen das Angebot nicht wahrnehmen.“

Ein weiterer möglicher Grund könnte die Schwellenangst der Eltern sein.

Gibt es immer noch Hindernisse kultureller, religiöser oder organisatorischer Art, die einer flächendeckenden Kindergarten-Partizipation in Nordrhein-Westfalen entgegenstehen? Mit unserer Ausgestaltung der Kitas und der Errichtung der Familienzentren in der vergangenen Wahlperiode wollten wir diese Schwierigkeiten abbauen. Wir wollen nun feststellen lassen, was die genauen Gründe sind, die Eltern dazu bewegen, ihre Kinder nicht in eine Betreuungseinrichtung zu schicken.

Wir vermuten finanzielle Gründe und/oder familiäre Sozialfaktoren. Die Eltern mögen auch Wertvorstellungen vertreten, die den Wert einer außerhäuslichen Betreuung zu niedrig ansetzen.

Erst vor wenigen Tagen wurde bei einer Expertenanhörung zum Kinderbildungsgesetz im Landtag erneut bestätigt, wie wichtig ein gutes und überzeugendes Betreuungsangebot ist. Wir richten unser Augenmerk dabei auf die Qualität der frühkindlichen Bildung. Qualitätsverbesserung kommt den Kindern direkt zugute.

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: Das hätten Sie schon früher machen können!)

Gesteigerte Qualität wird letztendlich auch die Eltern davon überzeugen, ihr Kind an den Angeboten teilhaben zu lassen. Davon sind wir überzeugt. Wir möchten sicherstellen, dass jedes Kind individuell gefördert wird – nicht erst in der Schule, sondern bereits frühzeitig in der Familie und in der Kita. Wir messen der frühkindlichen Bildung einen äußerst hohen Stellenwert zu. Deshalb brauchen wir dringend qualitative Weiterentwicklung.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns bei der Suche nach den Gründen, warum manche Eltern ihre Kinder nicht oder zu spät in die Kitas schicken, nicht im Spekulativen verlieren. Tatsache ist: Kinder, die einen Kindergarten besuchen, schneiden bei der Schuleingangsuntersuchung besser ab und werden folglich seltener vom Schulbesuch zurückgestellt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Das belegt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Dr. Butterwegge würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Bitte schön.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke, Herr Tenhumberg. Wenn Sie so großen Wert auf eine Qualitätsverbesserung legen, die sich maßgeblich in einem besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel niederschlägt: Wieso haben Sie diese denn dann nicht im alten KiBiz verankert?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Dr. Butterwegge, Sie kennen das parlamentarische Verfahren und wissen, dass von heute auf morgen nicht alles erledigt werden kann. Aber wir waren uns in den Fachberatungen in den letzten Wochen einig, dass insbesondere wenn wir über Qualitätsverbesserung reden, die finanziellen Ressourcen, die der Landeshausaltsgesetzgeber auch vorhält, vorrangig in den Bereichen zu investieren sind, die Sie gerade angesprochen haben.

Meine Damen und Herren, wir fordern, dass die Landesregierung eine Studie in Auftrag gibt, in der die Ursachen untersucht werden, die Eltern veranlassen, ihre Kinder nicht in die Kindertageseinrichtung zu schicken. Wir möchten eine Auswertung der Untersuchungsergebnisse, die dabei hilft, ein tragfähiges Anreizsystem zur Steigerung von Kita-Besuchsquoten zu schaffen.

Wir wünschen den Ausbau der Betreuungsangebote und eine Qualitätsverbesserung vor der Elternbeitragsbefreiung vorrangig vorzunehmen. Wir brauchen dabei ein wissenschaftlich neutrales Fundament. Daher, meine Damen und Herren, bitten wir um Unterstützung unseres Antrages. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Ich wundere mich, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Herr Laschet den vorliegenden Antrag unterschrieben hat. Ich wundere mich, weil dieser Antrag eine Untersuchung fordert, die längst vorliegt. Hier ist eine entsprechende Untersuchung „Kinderbetreuung in den Familien“ – Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration aus dem Jahre 2008 –, also eine Untersuchung, die Herrn Laschet bekannt sein könnte.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Es wird klar, wenn man den Antrag liest, dass es in Wirklichkeit nicht um eine zusätzliche Untersuchung geht, sondern um den wiederholten Versuch der CDU, beitragsfreie Bildung und die Entlastung von Familien zu verhindern.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Da das in diesem Antrag sehr deutlich wird, will ich – mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin – auch gleich die Ergebnisse zitieren, die in der gerade angesprochenen Untersuchung zu diesem Thema stehen. Dort heißt es: Empirisch gesichert ist, dass die Anzahl der Kinder steigt, wenn Betreuung kostenfrei angeboten wird. – Es heißt dort auch: Zum anderen belegen dies die Aussagen der Eltern in dieser Studie, die die Kosten als Grund für häusliche Betreuung angeben. – In Rheinland-Pfalz – so ist dort nachzulesen – liegt da, wo kostenfreie Kindergartenbildung angeboten wird, die Betreuungsquote mittlerweile bei 99 %. In einer von Herrn Laschet geförderten Studie heißt es also eindeutig: Beitragsfreiheit führt zu mehr Kindern in den Kitas.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Tenhumberg, wenn es Ihnen wirklich darum geht, dann unterstützen Sie doch endlich unsere Forderung nach Beitragsfreiheit.

Sie werden jetzt das Thema „Finanzierung“ wieder ansprechen, und auch da werden die Unterschiede zwischen Ihnen und uns deutlich. CDU und FDP setzen auf Steuersenkungen, die NRW 700 Millionen € kosten würden. SPD und Grüne wollen für 150 Millionen € Entlastungen für Familien und bessere Bildungschancen. Das ist sozial, und das ist finanzpolitisch richtig.

(Beifall von der SPD)

Ein weiteres Beispiel: CDU und FDP in Berlin wollen ab 2013 für jedes Kind unter drei Jahren, das nicht in eine Tageseinrichtung geht, monatlich 150 € bezahlen. Sie wollen eine Herdprämie zahlen, damit Kinder nicht in die Kita gehen. Wir wollen, dass Bildungseinrichtungen beitragsfrei werden, damit mehr Kinder in die Kita gehen.

(Beifall von der SPD und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Drittes Beispiel: WestLB. Ich will jetzt gar nicht darüber reden, was haushaltspolitisch passiert, wenn das eintritt, was Sie heute provoziert haben und die EU ein Restrukturierungsprogramm ablehnt.

(Zuruf von der CDU)

Ich will nur auf ihre Forderung eingehen, dass zugunsten der Rettung der WestLB zusätzliche Einsparungen im Haushalt vorgenommen werden. Auch dies würde bedeuten, dass es wieder Kürzungen bei den Kindern und bei der Bildung geben würde, und das halten wir für falsch.

(Beifall von der SPD und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Wie sehr Sie die breite Zustimmung im Land umtreibt, die Rot und Grün für die beitragsfreie Bildung bekommen, hat auch Ihre Reaktion auf die von Ihnen gerade angesprochene KiBiz-Anhörung gezeigt. In Ihrer Pressemitteilung, die sehr frühzeitig gekommen ist, haben Sie den wichtigsten Hinweis der Experten weggelassen. Diese forderten nämlich eindeutig, Qualitätsverbesserung und Beitragsfreiheit nicht gegeneinander auszuspielen, sondern für beides zu sorgen. Das ist der Weg, den Rot-Grün geht.

(Beifall von der SPD)

Ich frage mich – es ist gerade schon von Kollegin Butterwegge angesprochen worden –, wie glaubwürdig eigentlich Ihre Forderung nach einer Qualitätsverbesserung ist. Sie haben die Einigkeit an diesem Punkt betont. CDU und FDP haben die Streichung der zusätzlichen Mittel für Qualitätsverbesserung im Haushalt 2011 beantragt. Das ist Politik gegen Kinder, nicht für Kinder.

(Beifall von der SPD)

Klar ist für uns: Der vorliegende Antrag ist überflüssig. Er fordert eine Untersuchung, die es bereits gibt, und er ist der Versuch, die Entlastung von Familien zu verhindern.

Trotzdem stimmen wir der Überweisung an den Ausschuss zu. Wir freuen uns auf die Diskussion dort und werden noch einmal deutlich machen: Die Beitragsfreiheit in den Kitas ist richtig – für die Entlastung der Familien und für mehr Bildungsgerechtigkeit in NRW.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Inanspruchnahme von Kitas ist auch in Nordrhein-Westfalen insgesamt recht hoch. 96 % aller Kinder, die nicht im schulpflichtigen Alter sind, besuchen eine Kita. Aber es sind gerade die 4 % Kinder, die nicht in die Kita gehen, die uns Sorgen machen; denn das sind diejenigen, die von einem Kindergartenbesuch besonders profitieren würden.

Ich muss aber auch feststellen, dass wir an diesem Punkt überhaupt kein Erkenntnisdefizit haben. Es liegen uns Daten vor, die beschreiben, welche Bevölkerungskreise es sind, die ihre Kinder nicht in einer Kita bilden, erziehen und betreuen lassen. Diese Studien liegen vor, und wir brauchen keine weiteren Untersuchungen, die das noch einmal belegen,

liebe Kolleginnen und Kollegen. Insoweit geht der Antrag der CDU-Fraktion ins Leere.

Wir haben die große Kinderbetreuungsstudie vom DJI, in der verschiedene andere Studien zitiert werden und in der ganz klar das steht, was Sie hier noch einmal evaluieren wollen. Die Ergebnisse liegen vor.

Wir wissen, dass es vor allem die Kinder mit Migrationshintergrund sind. 29 % dieser Gruppe gehen nicht in die Kita. Wir wissen, dass es ein großes Stadt-Land-Gefälle gibt. Auf dem Land ist es offenbar immer noch so, dass Verwandte, zum Beispiel die Großeltern, die Kinder betreuen. Wir wissen auch, dass es ein Bildungsgefälle gibt, dass es nämlich vor allem die Kinder aus bildungsfernen Familien sind, die nicht in der Kita betreut werden. Von daher ist es völlig unnötig, jetzt eine neue Studie in Auftrag zu geben, wie Sie es fordern.

Nötig ist aber, die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und sich mit den Folgen zu beschäftigen. Die Folgen sind zum Beispiel – das beschreiben Sie auch interessanterweise –, dass wir die Qualität in den Einrichtungen und die Ansprache der Eltern verbessern müssen. Interessanterweise agiert die CDU-Fraktion an diesem Punkt genauso wie vorhin in der Debatte über die WestLB: Sie will von der Politik, die sie in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung gemacht hat, überhaupt nichts mehr wissen. Sie zeigen auch da wieder einen Schlingerkurs.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Sie haben nämlich, was die Qualität betrifft, mit Ihrem unsäglichen Kinderbildungsgesetz genau diese Standardabsenkung bewirkt. Jetzt stellen Sie sich hierhin und schreiben in den Beschlusspunkten Ihres Antrags: Wir brauchen mehr Qualität in den Einrichtungen.

Sie haben die Qualität in den Kitas heruntergefahren. Das ist schlimm genug. Aber jetzt sind Sie noch nicht einmal bereit, das Geld, das wir – Rot-Grün – in die Hand nehmen, um die Standards dort wieder anzuheben, auch zu verausgaben. Sie haben nämlich bei den Haushaltsberatungen gegen die 240 Millionen € gestimmt, die wir dafür in den Haushalt eingestellt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das macht überhaupt keinen Sinn. Das ist kein konsistentes politisches Verhalten. Das ist mal wieder wirr, genauso wirr wie das, was wir heute Morgen zur WestLB erlebt haben.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss, wenn wir darüber reden, welche Maßnahmen nötig sind, um die Qualität in den Einrichtungen, die von Schwarz-Gelb heruntergefahren wurde, wieder anzuheben. Ich denke, wir kommen dann gemeinsam zu der Erkenntnis, dass genau das, was Rot-Grün mit dem Ersten KiBiz-Änderungsgesetz macht, der richtige Weg mit den

richtigen Maßnahmen ist, um auch die Kinder, die es nötig haben, zum Kindergartenbesuch zu motivieren. In dem Sinne freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP spricht Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns gerade mitten in den Beratungen zum KiBiz-Änderungsgesetz, obwohl man von vornherein sagen muss, dass das Wort „Beratung“ vielleicht nicht ganz zutrifft. Sie peitschen diesen Gesetzentwurf eher durchs Parlament und durch den Ausschuss. So konnten wir in den letzten Wochen aus den Anhörungen schon die ersten Erkenntnisse ziehen. Deswegen bin ich der CDU sehr dankbar, dass sie diesen Antrag gestellt hat, weil in der Anhörung eines klar geworden ist: Von den deutlich meisten Experten wurde gesagt, dass die Beitragsfreiheit in dieser Haushaltssituation auf Sinnhaftigkeit zu überprüfen ist. Und wenn man sie denn schon einführt, ist es die Frage, ob man das dritte oder das erste Jahr nimmt.

(Beifall von der CDU und von Dr. Carolin Butterwege [LINKE])

Das ist doch das Kernanliegen dieses Antrags, über das man diskutieren muss. Dazu wurde bislang relativ wenig gesagt. Ich meine – das wurde in den letzten Wochen auch oft genug gesagt –, dass es sich um ein rot-grünes Wahlgeschenk handelt und Sie bislang keine vernünftige Begründung dafür abgegeben haben, warum Sie dieses beitragsfreie Jahr einführen wollen.

(Beifall von der FDP)

Die Experten haben klipp und klar gesagt, dass die rot-grüne Landesregierung an dieser Stelle beratungsresistent ist. Das möchte ich ein bisschen untermauern.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir wissen alle, dass die frühkindliche Bildung enorm wichtig ist. Herr Zimkeit, ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt: Je weniger die frühkindliche Bildung kostet, umso höher wird die Besuchsquote. – Ich rufe Ihnen nur noch einmal in Erinnerung, wie die Besuchsquoten eigentlich aussehen. Im ersten Jahr haben wir eine Besuchsquote von ungefähr 80 %, im zweiten Jahr von rund 90 % und im dritten Jahr von 95 bis 98 %. Wenn Sie es wirklich als Anreizmodell verstehen wollen, ein beitragsfreies Kindergartenjahr einzuführen, müssten Sie das erste Kindergartenjahr beitragsfrei stellen und nicht das letzte.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das müssten Sie machen. Stattdessen machen Sie eine politische Wohltat. Ich möchte noch ein Zitat bringen, das nicht von mir ist. Herr Priggen hat gesagt, dass es sich hier um eine politische Wohltat handeln würde. – Genauso sieht die Situation auch aus.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Hafke, gestatten Sie eine, möglicherweise sogar zwei Zwischenfragen, eine vom Kollegen Zimkeit und eine von Frau Kollegin Altenkamp?

Marcel Hafke (FDP): Sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gerne. Dann fängt Herr Zimkeit an. Bitte schön, Herr Zimkeit.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Wenn Sie für die Beitragsfreiheit von Kindergärten werben, sind Sie denn bereit, mit uns gemeinsam alle drei Kindergartenjahre kurzfristig beitragsfrei zu stellen?

(Beifall von Dennis Maelzer [SPD])

Marcel Hafke (FDP): Wir haben klipp und klar gesagt: Die Beitragsfreiheit ist für uns ein mittelfristiges Ziel, das wir auch erreichen wollen. Ganz klar, da sind wir uns einig. Aber man muss doch in Zeiten, in denen wir wenig Ressourcen haben und Prioritäten setzen müssen, klar überlegen: Was ist in dieser Phase das Wichtigste?

(Zuruf von der SPD: Steuersenkung!)

Wir sind der Meinung, dass der Qualitätsausbau der erste und wichtigste Schritt ist und dass wir über Punkte wie mehr Flexibilität und eine bessere Personalvertretung diskutieren sollten,

(Beifall von der CDU)

aber nicht über eine politische Wohltat, die auch noch falsch angelegt ist. Wenn Sie es wirklich ernst gemeint hätten, hätten Sie die Elternbeitragsregelung in Angriff genommen, um mittlere Einkommen zu entlasten. Das wäre ein vernünftiger Schritt gewesen, über den man hätte sprechen können. Aber Sie gehen direkt dran und entlasten die, die es im Moment nicht nötig haben.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Es wäre der bessere Weg, wenn Sie es wirklich ernst meinten, auf das zu hören, was die Experten gesagt haben. Die haben gesagt: lieber das erste Jahr beitragsfrei stellen! Ich darf zitieren, es ist ja kein Geheimnis, dass es Gewerkschaften gibt, die der SPD sehr nahe stehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich möchte die Gewerkschaft ver.di zitieren, die bei der Anhörung dabei war. Vielleicht hören Sie mal gut zu und nehmen sich einfach ein Beispiel an Ihrer Gewerkschaft!

„Die Elternbeitragsbefreiung, bei diesem Haushalt 2011 nur verständlich, muss aus ver.di-NRW-Sicht zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden. Eine stufenweise Einführung der Elternbeitragsbefreiung ist aus fachpädagogischer Sicht für das erste Kitajahr vorzusehen.“

Meine Güte, das ist genau das, was die Experten kritisiert haben. Sie sind beratungsresistent. Sie wollen hier eine politische Wohltat umsetzen und nicht auf Qualität setzen. Das ist das Kernproblem, über das wir diskutieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Hafke, Sie hatten noch eine zweite Zwischenfrage zugelassen. Dann nehmen wir die jetzt mit rein. – Bitte schön, Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Kollege Hafke, ich wollte Ihnen die Frage stellen, ob Ihnen bekannt ist, welche Fraktion die erste in diesem Hause war, die die Beitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr gefordert hat.

Marcel Hafke (FDP): Da ich erst ein Jahr dabei bin, weiß ich es nicht. Aber Sie dürfen es mir gerne sagen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Frage ist gestellt. Der Redner kann sie nicht beantworten und fährt in seiner Rede fort. Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Ich gehe davon aus, dass Sie die FDP meinten.

(Britta Altenkamp [SPD]: 13. Wahlperiode, FDP!)

Ich habe ja schon etwas dazu gesagt: Wenn Sie uns 2005 nicht so einen katastrophalen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen hätten – wir haben heute Morgen noch darüber diskutiert –,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

hätte man mit Sicherheit in diesem Landeshaushalt andere Spielräume als das, was hier unter 40 Jahren SPD-Regierung passiert ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das nur als Anmerkung.

Vielleicht, Frau Altenkamp, sprechen Sie doch noch mal mit ihrem Kollegen von den Grünen, Herrn Priggen. Auch ihn darf ich kurz zitieren, weil an die-

sem Zitat schon was dran ist. Er hat im „Mindener Tageblatt“ am 18.06.2011 gesagt:

„Wir können Geld nicht drucken, sondern nur einmal ausgeben. Insofern müssen wir sorgfältig überlegen, was machbar und was wünschenswert ist.“

Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich die Qualität ernst nähmen, würden Sie die Prioritäten anders setzen. Nach den Äußerungen, die ich von SPD und Grünen gehört habe, sehe ich, dass der Wunsch nicht da ist, die Qualität im Ergebnis zu verbessern.

(Beifall von der FDP)

Wenn Ministerin Schäfer das ernst nähme, würde Sie auch dem Parlament endlich einmal ein transparentes Verfahren zur Beitragsfreiheit vorstellen. Sie müssten uns ein paar Fragen beantworten: Wie viele Kinder nehmen die Beitragsfreiheit in Anspruch? Was haben Sie dort errechnet? Von was gehen Sie aus? Wollen Sie die kompletten 19 % ersetzen? Da haben Sie bislang immer noch relativ vage argumentiert.

Wie sieht die Kompensation für die Kommunen aus? Was passiert am 1. August tatsächlich? Wie wird das Ganze abgewickelt? Da bleiben Sie den Kommunen, den Eltern und den Kindertageseinrichtungen sehr viele Antworten schuldig. Genau dieses Problem kritisieren wir. Ein Gesetzentwurf wird durchs Parlament gepeitscht, um eine politische Wohltat zu verkünden. Das finde ich sehr traurig.

(Beifall von der FDP)

Gleich werden Sie wieder sagen, dass wir die Qualität und die Beitragsfreiheit gegeneinander ausspielen. Ich habe eben mehrere Zitate genannt. Es wäre wünschenswert, wenn Sie eine Qualitätsverbesserung in Angriff nähmen und dem Parlament eine klare Priorisierung vorschlagen würden. Dann könnte man in der Perspektive über alles sprechen.

(Dennis Maelzer [SPD]: Frau Schäfer spricht gleich zum Antrag, im Gegensatz zu Ihnen!)

Aber wir haben als FDP immer gesagt, dass es im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes der erste Schritt war und dass wir eine Evaluierung festgehalten haben.

(Zuruf von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Das haben CDU und FDP fest verankert. Genauso wäre es wichtig, dies irgendwann entsprechend zu regeln und nicht den Schritt B vor dem Schritt A zu machen. Aber das sehen Sie leider anders. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Dennis Maelzer [SPD]: Waren Sie für den CDU-Antrag oder dagegen?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Dr. Butterwegge.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte verbliebene Abgeordnete der CDU-Fraktion, Ihr Antrag versucht, Einflussfaktoren herauszuarbeiten, die die Inanspruchnahme vorschulischer Tagesbetreuung beeinflussen – wie den Bildungsstand der Eltern, einen familiären Migrationshintergrund oder Kinderreichtum. So weit, so gut.

Allerdings gibt es – das wird unterschlagen – viele Hinweise aus Wissenschaft und Praxis darauf, dass Beitragsfreiheit für Eltern eine wesentliche Motivation darstellt, für ihr Kind eine institutionelle Tagesbetreuung in Anspruch zu nehmen. Das untermauern jüngst zahlreiche Stellungnahmen aus der KiBiz-Anhörung.

Also muss man doch nach Wegen suchen, gerade jenen Kindern den Besuch einer Kita zu ermöglichen, die dies bisher kaum taten. Dazu ist Beitragsfreiheit der zentrale Baustein – einschließlich einer Abschaffung von Elternbeiträgen für Mittagessen in Kitas in Höhe von bis zu 50 € im Monat, wie meine Fraktion vergebens beantragt hat.

Daran ändert übrigens auch kein Bildungs- und Teilhabepäckle etwas, das bisher von kaum einem Fünftel der Berechtigten in Anspruch genommen wird. Vom Bürokratiemonster zum Rohrkrepierer – ein weiterer Beitrag Ihrer Partei zur Haushaltskonsolidierung? Das frage ich Sie, Herr Tenhumberg.

Geben Sie es doch zu: Ihr ganzer Antrag ist um die dritte Forderung herum aufgebaut, nämlich dem Ausbau der U3-Betreuung und einer Qualitätssteigerung Priorität vor Beitragsfreiheit einzuräumen. Das finde ich in höchstem Maße unehrlich, weil Sie mit dem KiBiz maßgeblich dazu beigetragen haben, dass sich die Situation in vielen Kitas so dramatisch verschärft hat, dass die Beschäftigten mit dem Rücken zur Wand stehen und den Kindern eben keine gute Betreuung samt gutem Personalschlüssel zugeht. Also vergießen Sie in Ihrem Antrag reine Krokodilstränen.

Meine Damen und Herren, der CDU-Antrag spielt entgegen dem Rat vieler Sachverständiger aus der Anhörung die Notwendigkeit einer qualitativen Verbesserung der frühkindlichen Bildung gegen das Projekt der sukzessiven Abschaffung der Elternbeiträge aus.

Die CDU will uns sogar glauben machen, es sei im Interesse unserer Kinder, dass Mittel für Soziales und Bildung, die spätere Reparaturkosten überflüssig machen könnten, besser der Haushaltskonsolidierung zufließen. Dieser Argumentation möchte ich nachdrücklich widersprechen. Denn Ihre Forderung nach einem Verzicht auf Neuverschuldung missachtet gerade das Interesse der folgenden Generatio-

nen an einer hohen Qualität der Bildung von Anfang an.

Natürlich ist uns auch klar, dass ein Staat auf lange Sicht handlungsunfähig wird, wenn seine Schuldenlast zu sehr steigt. Deswegen darf auch die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand durch Steuergeschenke von Schwarz-Gelb in Berlin an das Kapital und an Gutverdiener nicht noch weiter demonstriert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Nun fabuliert man sogar über weitere Steuersenkungen in Berlin. Und für Zukunftsaufgaben soll kein Geld mehr da sein? Das ist fatal.

Deswegen teilen wir die Auffassung der Landesregierung, dass Bildungsausgaben sinnvolle Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens und in die Lebensqualität der kommenden Generationen sind.

Verehrte Abgeordnete der CDU – ich spreche die verbliebenen vier an –: In Ihrer Welt sind Gebühren kein Hemmnis, die Angebote der Kindertageseinrichtungen zu nutzen. Abgesehen davon, dass Ihnen jeder Ökonom bestätigt, dass die Nachfrage bei steigenden Preisen sinkt, lohnt sich ein Blick auf die tatsächlich entstehenden Kosten.

In meiner Heimatstadt Köln liegt die Einkommensgrenze, ab der man Elternbeiträge für Kitas zahlen muss, bei gerade einmal 1.023 € brutto im Monat. Wenn man darüber liegt, zahlt man bei unter dreijährigen Kindern mindestens 55 € plus 40 € Elternbeiträge für das Mittagessen.

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt nicht!)

Und da wundern Sie sich noch, wenn Kindertagesbetreuung nicht in Anspruch genommen wird?

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Für uns ist eine qualitativ gute frühkindliche Betreuung und Bildung nur die eine Seite der Medaille, Beitragsfreiheit die andere. Zudem müssen mehr U3-Plätze geschaffen werden. Keine dieser allesamt wichtigen Aufgaben darf gegen eine andere ausgespielt werden, wie Sie es tun, denn alle drei sind wichtig.

Erstens. Für Eltern, die keinen U3-Platz bekommen, ist der U3-Ausbau wichtig.

Zweitens. Für Eltern von Kita-Kindern und die dort Beschäftigten ist eine bessere personelle Ausstattung der Kitas notwendig, und zwar unverzüglich.

Drittens. Für Eltern, die wegen zu hoher Kosten von institutioneller Betreuung für ihre Kinder absehen oder sich die Kosten von Hartz IV absparen müssen, ist Beitragsfreiheit wichtig.

Weil dieser Antrag das verkennt und Qualitätsverbesserungen gegen Beitragsfreiheit ausspielt, ist er für uns nicht zustimmungsfähig. Einer Ausschussüberweisung stimmen wir selbstverständlich zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächste Rednerin spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich über den Antrag gewundert, denn Frau Asch hat es auf den Punkt gebracht: Wir haben kein Erkenntnisproblem in der frühkindlichen Bildung oder mit der Tatsache, dass wir noch mehr Eltern dazu bewegen wollen, ihre Kinder in die Kitas zu schicken. Wir haben ein Umsetzungsproblem.

Ich bin froh und dankbar, dass alle Fraktionen im Landtag sagen – das ist ihnen wichtig –, dass wir die frühkindliche Bildung ganz besonders in den Blick nehmen und die Qualität weiterentwickeln wollen.

Aber Qualität, Herr Tenhumberg und Herr Hafke, gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade weil wir in der frühkindlichen Bildung noch deutlich nachzuarbeiten haben, bin ich den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgesprochen dankbar, dass sie in diesem Haushalt 242 Millionen € zusätzliches Geld zur Verfügung stellen, um bestimmte Aufgaben weiterverfolgen zu können, und dass wir planen, im nächsten Haushalt sogar 390 Millionen € zusätzlich zur Verfügung zu stellen, um bestimmte Dinge nachzuarbeiten. Das ist der eine Punkt, den ich noch einmal ausdrücklich betonen möchte.

Ich finde es schon ziemlich verwegen von Ihnen, Herr Hafke, wenn Sie uns fragen, wie wir angesichts der Finanzlage dazu kämen, diese Dinge in Angriff zu nehmen. Ich frage Sie – wie meine Vorredner das auch schon getan haben – ganz ernsthaft: Wie kommen Sie zu einer solchen Frage, wo doch Ihre Partei gemeinsam mit der CDU auf Bundesebene gerade darüber fabuliert, weitere Steuersenkungen vorzunehmen, die unser Land Nordrhein-Westfalen erheblich belasten würden?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wie kommen Sie zu einer solchen Frage? Ich verstehe das nicht mehr. Das passt auch überhaupt nicht zusammen.

Ich will noch einmal deutlich machen, wie wichtig uns der Dreiklang der Aufgaben ist:

Wir brauchen a) die Qualitätsverbesserung für die Betreuungsrelation in den Kitas. Das ist ein erster Schritt, den wir jetzt machen.

Wir brauchen b) die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr, weil wir Qualität und Bildungsgerechtigkeit in gleicher Weise sehen und für uns Gebührenfreiheit von Bildung ein hoher Wert ist.

Wir brauchen natürlich c) Mittel, um das zu machen, was Sie in den letzten fünf Jahren versäumt haben, nämlich die Kommunen bei den Plätzen in der Investition für Kinder unter drei Jahren zu unterstützen. Dort haben Sie nicht einen Euro frisches Landesgeld hineingegeben. Wir werden bis 2013 ein Programm mit einem Volumen von 400 Millionen € auflegen.

Wie können Sie sich hierhin stellen und behaupten das sei alles nicht genug, alles sei schlecht, während Sie keinen einzigen eigenen Antrag stellen? Sie lehnen unsere Anträge zum Haushalt ab, meinen aber jetzt, wir müssten eine Untersuchung anstellen, warum einige Eltern ihre Kinder eventuell nicht in die Kita schicken.

Auch dazu ist schon alles gesagt worden: Es gibt diese Untersuchung bereits. Vielleicht noch einmal zu Ihrer Information: Es gibt inzwischen neun Bundesländer, die in den Kindertageseinrichtungen die Beitragsfreiheit eingeführt haben. Zwei Bundesländer haben sie komplett eingeführt, alle anderen im letzten Kita-Jahr. Das ist eine vernünftige Überlegung, weil das eng an die Grundschule gekoppelt ist und weil man diese Nahtstelle natürlich noch einmal besonders in den Blick nehmen will. Das ist schon ein wichtiger Grund.

Herr Tenhumberg, Sie haben gerade verfolgen können, dass Ihre Bundespartei darüber nachdenkt, das Vorschuljahr erneut in den Blick zu nehmen – das betrifft ja das letzte Jahr vor der Grundschule – und sich auch mit diesem Jahr zu beschäftigen. Diese Erörterung haben Sie auch für NRW schon angestellt, dann aber verworfen, weil Sie gesagt haben, das sei vielleicht ein bisschen teuer. Jetzt überlegen Sie, ein Begegnungsjahr zu machen, von dem man auch noch nicht so genau weiß, wie sich das darstellen sollte oder könnte.

Wir sagen ganz klar: Bei Regierungsübernahme haben wir aufgrund des von Ihnen eingerichteten Kinderbildungsgesetzes einen Flickenteppich an unterschiedlichen Gebühren in Nordrhein-Westfalen vorgefunden, den wir aufheben werden, indem wir in die Gebührenfreiheit für Bildung auch in den Kitas einsteigen. Als Erstes beginnen wir mit dem Kindergartenjahr vor der Schule. Das ist ein Beitrag – ich wiederhole es – zur Bildungsgerechtigkeit. Und was uns ganz besonders wichtig ist: Es ist ein Beitrag, der in besonderer Weise junge Familien mit Kindern in Nordrhein-Westfalen entlastet, die ich gerne als Leistungsträger und Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft bezeichne. Die brauchen unsere Unterstützung dringend.

Frau Dr. Butterwegge hat gerade noch einmal dankenswerterweise einige Beispiele genannt, wie sich das finanziell abbildet. Ich kenne Kommunen, in denen Folgendes stattfindet: Bei einem Jahreseinkommen von 12.000 € und einer Betreuungszeit von 45 Stunden bezahlen Eltern zwischen 50 und 85 € monatlich an Gebühren. Mit anderen Kosten

dazu sind das 10 % des geringen Bruttoeinkommens, die für Gebühren gezahlt werden von Eltern, die ihre Kinder in eine Kindertageseinrichtung geben.

Das Ganze kann man für andere Einkommen auch feststellen. Ich habe es Ihnen schon einmal vorgechnet: Bei einem Einkommen von 2.500 € netto kostet der Besuch einer Kita in drei Städten im Schnitt 200 € ohne Essensbeitrag oder all das, was Kinder sonst brauchen. Überlegen Sie bitte einmal, was das für junge Familien in Nordrhein-Westfalen bedeutet. Ich sage Ihnen: Wir stehen hinter diesen jungen Familien und wollen sie tatkräftig unterstützen. Wir werden darin nicht nachlassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Natürlich diskutieren wir das weiter im Ausschuss. Dort haben wir auch noch Gelegenheit, die Fragen, die Sie gestellt haben, in aller Ausführlichkeit zu beantworten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Damit kommen wir zur Abstimmung: Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1692** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 NRW lehnt Kürzungen bei der Städtebauförderung ab und braucht sichere Ko-Finanzierung durch den Bund!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2213

Der erste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Städtebauförderung ist eine föderale Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Sie hat eine über 40-jährige Erfolgsgeschichte. Die Gründe waren vor allen Dingen, dass sie sehr flexibel war, regionale Zielgenauigkeit hatte und die lokale Wirtschaft gestärkt hat.

Heute ist sie wichtiger denn je angesichts der Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel sowie dem sozialen Wandel in unseren Städten